

DIRK TRÖNDLE*

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

G20-Präsidentschaft der Türkei - von Prioritäten, Gestaltungsmöglichkeiten und Aktionsplänen

Ab dem 01. Dezember hat die Türkei den G20-Vorsitz übernommen und wird damit für die Dauer eines Jahres federführend die Geschicke der Gruppe der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und der EU leiten. Bis zum G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der am 15.-16. November in 2015 in Antalya stattfinden soll, werden weitere Treffen der Finanzminister und Zentralbankchefs folgen. Den Auftakt bildet ein Treffen der wichtigsten Wirtschaftsverbände der G20-Länder am 15. Dezember 2014 in Istanbul. Unter Vorsitz des Präsidenten des türkischen Kammern- und Börsenvereins (TOBB), M. Rifat Hisarcıkloğlu, werden sich die Vertreter der Geschäftswelt unter dem Dach der Dialog-Gruppe B20 zu einem Spitzentreffen versammeln.

Erwartet wird von der türkischen Präsidentschaft eine Fortsetzung des in Brisbane formulierten Aktionsplans zum Anschlag des globalen Wachstums. Ali Babacan, stellv. Ministerpräsident und Koordinator aller wirtschaftsrelevanten Ressorts, hat angekündigt, die laufenden Prozesse in Abstimmung mit der Troika weiterzuführen und die Ergebnisse des Brisbane-Gipfels prioritär in den Vordergrund der türkischen Präsidentschaft zu stellen. Neben globalem Wachstum sind dies u.a. Beschäftigungseffekte, Beseitigung globaler Ungleichgewichte, Reform der internationalen Finanzarchitektur, infrastrukturelevante Investitionen und Finanzierung des Klimaschutzes.¹

Daneben wird die türkische Regierung jedoch auch ein eigenes Agenda-Setting betreiben. Infolge wirtschaftspolitischer Erfolge der letzten Dekade und regionalen Gestaltungsmachtansprüchen versteht sie sich als Vermittlerin zwischen den Interessen von Industrie- und Schwellenländern und als Sprachrohr der Entwicklungsländer. Zuvörderst will sie die Belange der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) verstärkt in den G20-Fokus rücken. Stärkung der Rolle von KMUs, die Umsetzung des DOHA-Prozesses für einen effektiveren Welthandel und Strukturreformen sind weitere prioritäre Themen. Auch die Rolle internationaler Ratingagenturen dürfte vonseiten der türkischen Regierung wiederholt kritisch beleuchtet werden.

Die G20 in der türkischen Perzeption

Mediale Öffentlichkeit, externe Beobachter und die politischen Protagonisten begrüßen den G20-Vorsitz der Türkei aus unterschiedlichen Gründen. Die türkische Regierung verbindet damit in erster Linie die Chance ihre wirtschafts- und entwicklungspolitischen Erfolge und Erfahrungen in die G20-Plattform einzubringen und sich international besser zu positio-

¹ Meral Tamer, 2015 G-20 başkanlığına iyi hazırlanıyor muyuz?, erschienen in der Tageszeitung Milliyet am 03.10.2014 <http://www.milliyet.com.tr/2015-g-20-baskanligina-iyi/ekonomi/ydetay/1949679/default.htm> (aufgerufen am 19.11.2014)

DIRK TRÖNDLE*

nieren.² Die Türkei besitzt aktuell die weltweit 16. größte Volkswirtschaft und plant mit der ambitionierten Agenda 2023 u.a. den Aufstieg unter die Top Ten bis zum Jahr 2023.

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

Andererseits bestehen parallel zu anderen Schwellenländern Forderungen der türkischen Regierung nach mehr Mitsprache, Gestaltungsspielraum und Verantwortung in den Gremien internationaler Organisationen. Seit November d.J. ist die Türkei erstmalig mit dem ehemaligen Gouverneur des türkischen Schatzamtes, İbrahim Halil Çanakçı, im IWF-Verwaltungsrat vertreten. Die Erhöhung des türkischen IWF-Stimmrechtsanteils von bisher 0,61 auf künftig 0,95 ist beschlossene Sache und bei der Weltbank soll bis zum Jahr 2016 erstmalig ein Stellv. Verwaltungsratsmitglied und später ein Sitz als Verwaltungsratsmitglied durch einen Türken besetzt werden.

Der G20-Vorsitz ist somit eine Zwischentappe auf dem Weg der größeren internationalen Wahrnehmung der Türkei. Das Streben nach größerer internationaler und außenpolitischer Anerkennung ist ein bedeutender Pfeiler der „neuen“ türkischen Außenpolitik des ehemaligen Außenministers und aktuellen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Ahmet Davutoğlu. Einer der wichtigsten Paradigmenwechsel seiner Außenpolitik ist der Wandel zu einer Pro-aktiven Außenpolitik. Als neue Gestaltungsmacht möchte man regionale und globale Entwicklungen beeinflussen.

Einher geht damit aber auch die Bereitschaft zu größerer internationaler Verantwortung und finanziellem Engagement, wie der türkische Beitrag an der IWF-Finanzmittelerhöhung zeigt. Die türkischen 5 Mrd. USD zur Finanzmittelerhöhung mag bei einer Gesamtsumme von mehr als 460 Mrd. USD gering erscheinen. Symbolträchtig ist sie aber allemal, da das Land im Jahr 2013 erst die letzte Rate eines IWF Beistandskredits überwiesen hatte. Nach Jahrzehnten als IWF-Kreditnehmer hat sich die Türkei somit praktisch zum Netto-Geber und Gläubiger gewandelt.

Neben ihrem multilateralen Engagement hat die Türkei in den letzten Jahren aber insbesondere ihre bilaterale Entwicklungspolitik stark ausgebaut. Mittlerweile ist die an den Ministerpräsidenten angeschlossene Entwicklungsagentur TİKA mit 39 Programmbüros in annähernd 120 Ländern aktiv. Insbesondere nennenswert ist das türkische Engagement in Somalia und dem Sudan. Im Jahre 2013 hat das Land nach Aussagen des Stellv. Ministerpräsidenten Ali Babacan 3,3 Mrd. USD an Entwicklungshilfe geleistet.³ Die humanitäre Hilfe für über 1,6 Mio. syrischen Flüchtlinge -die türkische Regierung bevorzugt den Begriff Gäste- ist dabei noch gar nicht eingerechnet.

Unter Berücksichtigung des seit den Gezi-Protesten im letzten Jahr eher negativ besetzten Türkeiimages dürfte die türkische Regierung den G20-Vorsitz aber auch nutzen wollen, um das arg gebeutelte Image wieder etwas aufzupolieren. Anstelle zivilgesellschaftlicher Proteste und Korruptionsvorwürfe möchte die türkische Regierung Bilder eines wirtschaftlich erfolgreichen Landes in dem sich die Politik kümmert und der Wohlstand gerechter verteilt wird transportieren. An der positiven Entwicklung des Gini-Koeffizienten lässt sich die größere Partizipation breiter Bevölkerungsschichten am Wirtschaftsboom und Wohlstandsgewinn ablesen. Ob Befürchtungen, Proteste könnten den G20-Gipfel unterminieren, die Wahl des Austragungsortes zugunsten von Antalya beeinflusste, ist denkbar.

Regierungsnahe türkische Medien sehen im türkischen G20-Vorsitz eine Bestätigung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der türkischen Regierung. So argumentiert Erdal Tanasgöl in seiner Kolumne, der G20-Vorsitz sei ein direktes Ergebnis des wirtschaftlichen

² İktisadi kalkınma Vakfı' dan G-20 açıklaması, erschienen in der Tageszeitung Milliyet vom 19.11.2014, <http://www.milliyet.com.tr/iktisadi-kalkinma-vakfi-dan-g-20-aciklamasi-istanbul-yerelhaber-479036/> (aufgerufen am 25.11.2014)

³ G20'de böylesine bir taahhude giren ülke yok', Wirtschaftszeitung Dünya vom 07.11.2014, <http://www.dunya.com/g20de-boylesine-bir-taahhude-giren-ulke-yok-243912h.htm> (aufgerufen am 19.11.2014)

DIRK TRÖNDLE*

Aufschwungs der Türkei und man könne der Welt das türkische Erfolgsmodell dadurch besser vermitteln.⁴

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

Es existieren aber auch Stimmen, die keine Erwartungen an die G20-Präsidentschaft stellen und sogar den Bogen spannen zu innenpolitischen Diskussionen. Da im Zeitraum der türkischen Präsidentschaft auch die weitere Implementierung des Anti-Korruption-Aktionsplans fällt, fordern oppositionelle Medien und der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP), Kemal Kılıçdaroğlu, nachdrücklich die türkische Regierung dazu auf, geplante Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung auch auf den innertürkischen Umgang mit Korruption anzuwenden.

Die wichtigsten G20-Positionen und Kernanliegen der Türkei

Im bisherigen G20-Prozess verfolgte die türkische Regierung folgende nationale Prioritäten: Eindämmung der europäischen Schulden- und Finanzkrise, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Umsetzung der IWF-Quoten- und Gouvernancereform, nachhaltige Entwicklung und grünes Wachstum, Eingrenzung der Preisvolatilitäten und mehr Transparenz bei Preisfindungsmechanismen auf den Rohstoff-, Energie- und Agrarmärkten, Rückführung globaler Ungleichgewichte sowie Stärkung des internationalen Handels (Doha).

1. Beim sog. Framework for Growth legt die Türkei große Priorität auf die Konsolidierung staatlicher Haushalte, Finanzdisziplin und ein starkes, nachhaltiges und nicht schuldenfinanziertes Wachstum. Eine bedeutende Forderung ist die Rückführung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen der FED und anderer Zentralbanken. Geldpolitische Lockerungen und billiges Geld haben auf Länder mit defizitärem Außenhandel diametral entgegengesetzte Wirkungen. Zwar finanziert spekulatives Kapital (Hot Money) kurzfristig das Leistungsbilanzdefizit, die Gefahr eines kreditfinanzierten Wachstums wächst aber auch.

2. Zur Rückführung der Unterrepräsentanzen beim IWF forderte die Türkei schon lange eine rasche Umsetzung der Quoten- und Governancereform. Im Mittelpunkt der Forderungen stehen die Erhöhung des türkischen Quotenanteils und die stärkere Berücksichtigung makroökonomischer Kennzahlen (u.a. BIP berechnet nach Marktpreisen und Kaufkraftparitäten) als Gewichtungskriterien. Die Erhöhung des IWF-Stimmrechtsanteils der Türkei von bisher 0,61 auf künftig 0,95 bedeutet nun eine Anpassung an die tatsächliche Wirtschaftsleistung. Durch eine Änderung der Ländergruppenzugehörigkeit ist die Türkei seit dem 01.11.2014 erstmals mit einem Sitz im IWF-Verwaltungsrat vertreten.

3. Die Green Growth-Thematik wird von der türkischen Regierung perspektivisch begrüßt. Sie knüpft dies aber an die historische Verantwortung der Industriestaaten, die Know-How und Technologien für Schwellen- und Entwicklungsländer bereitstellen und Finanzierungsmöglichkeiten schaffen müssten. Zudem vertrat die Türkei bisher beim Klimaschutz und seiner Finanzierung die Position der "common but differentiated responsibilities" (CBDR); Industriestaaten sollen die Hauptlast des Klimaschutzes tragen.

Die G20-Präsidentschaft wird zeigen, inwiefern diese Position aufrechterhalten werden kann, nachdem sich die USA und China im Vorfeld ambitionierte neue Klimaziele gesetzt haben. Die türkische Haltung Klimaschutz bevorzugt im Rahmen der UNFCCC zu verhandeln ist auch auf die Befürchtung zurückzuführen, das Land könnte dadurch ihren UNFCCC-Sonderstatus gefährden, der sie bisher von einem verpflichteten CO-Reduktionsziel

⁴ Ibrahim Karagül, G20, küresel hesaplaşma ve Türkiye mücadelesi..., erscheinen in Tageszeitung Yeni Şafak vom 25.11.2014 <http://www.yenisafak.com.tr/yazarlar/ibrahimkaragul/g20-kuresel-hesaplasma-ve-turkiye-mucadelesi/2006045> (aufgerufen am 25.11.2014)

DIRK TRÖNDLE *

befreite. Bis zur kommenden Klimaschutzkonferenz der VN in Paris zum Ende des Jahres wird die Türkei ihre Position in jedem Fall wohl grundsätzlich überdenken müssen.

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

Da die inländische Industrie bei grünen Technologien mit Innovationskraft und Wertschöpfungsketten erst im Aufbau begriffen ist, befindet sich die Türkei in einem Zielkonflikt. Klima- und Umweltschutz verursachen große Kosten und schaffen noch nicht so viele Arbeitsplätze, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorangetrieben werden könnte. Noch würde eine Entkopplung von Wachstum und Kohlenstoffverbrauch die Wirtschaftsentwicklung in der Türkei in ihrer Gesamtheit gefährden.

4. Bei Rohstoffen und Energie verhält die Türkei sich sehr ambivalent. Einerseits beeinträchtigen Preisvolatilitäten bei Energie- und Agrarrohstoffen als Importeur von Primärenergieträgern das Außenhandelsdefizit sehr negativ. Andererseits bleiben große Potenziale bei erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ungenutzt, obwohl garantierte Einspeisetarife und eine prioritäre Einspeisung für regenerative Energien bestehen.

Auch beim Abbau der Subventionierung fossiler Brennstoffe sind Widersprüchlichkeiten zu erkennen. Einerseits kennt man die positiven Effekte auf Staatshaushalte und die Türkei trägt den G20-Vorschlag eines mittelfristigen Abbaus von Subventionen für fossile Brennstoffe mit. Andererseits fördert die türkische Regierung die einheimische Braunkohle, obwohl nur ein Richtungswechsel bei erneuerbaren Energien die Importabhängigkeit reduzieren und die Energieautarkie stärken kann.

5. Internationale Ratingagenturen standen in der Türkei in den vergangenen Jahren immer wieder im Fokus der Kritik. Türkische Wirtschaftspolitiker wie Finanzminister Mehmet Şimşek äußern unverhohlen öffentlich ihr Unbehagen über die Bonitätsbewertungen der großen drei Agenturen und fordern transparentere und objektivere Kriterien der Bewertungsverfahren für Länderratings. Zwischenzeitlich hatte die Türkei sogar im Rahmen der Transformation Istanbuls zu einem internationalen Finanzplatz die Gründung einer eigenen nationalen Ratingagentur erwogen.

Die Türkei besitze bei den meisten Kriterien wie u. a. Wachstum oder Haushalt eine größere Leistungsfähigkeit als einige Triple-A Staaten in der Eurozone. Şimşek rechnete sogar bei der Vorstellung einer Studie der regierungsnahen Denkfabrik SETA vor, dass die Türkei mit einer ihrer Wirtschaftsleistung entsprechenden Bewertung in den letzten 10 Jahren ein Mehr von 32 Mrd. USD an Direkt- und Portefeuilleinvestitionen generiert und dadurch einen anderen Wachstumspfad beschritten hätte.⁵

6. Finanzmarktregulierung bei systemrelevanten Finanzinstitutionen (SIFI) wird generell unterstützt, wobei man sich bei der Regulierung von Schattenbanken zurückhält, da keine großen Fonds in der Türkei existierten und z. B. OTC-Derivatgeschäfte nur in geringem Umfang durchgeführt wurden. Da schon als Konsequenz der schweren innertürkischen Bankenkrise im Jahr 2001 strengere Regeln für Banken und die Finanzwirtschaft eingeführt wurden, verlief die Übernahme der Eigenkapitalvorschriften aus Basel II und Basel III unproblematisch.

Die Kapitaladäquanzquote einiger türkischer Banken stieg während der globalen Finanzkrise auf fast 30%, im März 2014 lagen sie noch bei 15,7%. Die Gewinne türkischer Banken sind im internationalen Vergleich hoch, Kapitalstrukturrisiken und Not leidende Kredite

⁵ Kredi Derecelendirme Kuruluşları: Alternatif Arayışlar, Erdal Tanas Karagöl, Ülkü İstiklal Mihçioğur, vom 26.09.2012, http://file.setav.org/Files/Pdf/20121126124257_setakredi_derecelendirme_kuruluslari-alternatif_arayislar.pdf (aufgerufen am 22.11.2014)

DIRK TRÖNDLE *

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

dagegen relativ überschaubar. Generell übereinstimmt die Türkei mit dem Vorschlag des Financial Stability Board (FSB) bei der „too big to fail“-Problematik systemrelevante Banken dazu zu verpflichten, je nach Volumina von Risikoanleihen höhere Werte an sicheren Anleihen zu halten. Der Steuerzahler soll auf keinen Fall in Zukunft die Kosten für zu risikoreiches Bankmanagement tragen müssen.⁶

7. Beim Doha-Prozess fordert die Türkei einen zügigen Abschluss der WTO-Verhandlungen zur Rückführung der Handelsschutzmaßnahmen, die mit dem Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise aufgetreten sind. Andererseits nutzt das Land aber WTO-Instrumente für Protektionsmaßnahmen der eigenen Wirtschaft aus. Konkrete Maßnahmen in der internationalen Steuerpolitik gegen Steueroptimierung, z. B. gegen die Ursachen der Reduktion von steuerlichen Bemessungsgrundlagen und der Gewinnverlagerung internationaler Unternehmen, werden begrüßt.

8. Neben Wachstum ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein weiteres Schwerpunktthema. Die Türkei kann bei den Staatsschulden (36,1%) und dem Budgetdefizit (2%) heute schon Maastricht-Konvergenzkriterien aufweisen, mit denen sie in der EU-27 Klassenprimus wäre. Bis 2018 soll die Schuldenquote gar auf 28,6% reduziert werden. Bei der Frage nach globalen Ungleichgewichten vertritt die Türkei seit jeher ein verantwortungsbewusstes Handeln der Industrie- und Schwellenländer. Die großen Hoffnungen, die das Land bei diesem Thema jedoch in die VN-Nachhaltigkeitskonferenz (Rio+20) gesetzt hatte, blieben unerfüllt.

Türkisches G20 Agenda-Setting

Wirtschaftspolitische Strukturreformen

Der Stellv. Ministerpräsident Ali Babacan stellte das Thema Strukturreformen in den Fokus der Agenda der türkischen G20-Präsidentschaft. Wachstum der Weltwirtschaft könne nur durch umfangreiche Strukturreformen u.a. beim Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen befördert werden. Sein Land wolle mit gutem Beispiel vorangehen und er verwies in diesem Kontext auf den Aktionsplan der türkischen Regierung, mit dem in neun prioritären Bereichen insgesamt 417 konkrete Maßnahmen zur Beförderung moderaten Wachstums in die Wege geleitet würden. Ein zentraler Aspekt sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Immerhin habe man schon in den letzten fünf Jahren sechs Mio. neue Arbeitsplätze schaffen können.⁷ Der türkische Zentralbankgouverneur Erdem Başçı sieht ebenfalls in Strukturreformen den Schlüssel für weiteres Wachstum.⁸

Fortschritte beim Doha-Prozess WTO

Die türkische G20-Agenda wird sich ferner auf Handelsthemen im Rahmen des WTO-Prozesses fokussieren, wie u.a. Stärkung des multilateralen Handels und Bekämpfung von Handelsschranken. Die türkische Regierung erhofft sich von denkbaren wichtigen Entwicklungen der Doha-Entwicklungsagenda zusätzliche Impulse für ihren G20-Vorsitz. Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hat auf einer Pressekonferenz in Brisbane deutlich gemacht, die Türkei wolle die Rolle der WTO stärken, sie repräsentativer und wirksamer gestalten. Die Türkei hat das Jahr 2015 zum Jahr des globalen Wachstums ausgerufen; man werde

⁶ Dev bankalar finansal 'yastığını' büyütecek, Wirtschaftszeitung Dünya vom 16.11.2014, <http://www.dunya.com/dev-bankalar-finansal-yastigini-buyutecek-244612h.htm> (aufgerufen am 20.11.2014)

⁷ Yapisal reform" demeye devam edecegiz, Wirtschaftszeitung Dünya vom 15.11.2014, <http://www.dunya.com/yapisal-reform-demeye-devam-edecemiz-244659h.htm> (aufgerufen am 20.11.2014)

⁸ http://www.tcmb.gov.tr/wps/wcm/connect/9f3e65f3-3fa0-4853-a56e-ca62d822f809/BK_Kasim14.pdf?MOD=AJPERES&CACHEID=9f3e65f3-3fa0-4853-a56e-ca62d822f809 (aufgerufen am 19.11.2014)

DIRK TRÖNDLE*

sich auf alle Themen der Entwicklung konzentrieren, angefangen von der Beschäftigung als Voraussetzung jedweder sozialen Ordnung, über die Rolle von KMU bis zum Handel, der die Lokomotive des globalen Wachstums und der Entwicklung ist.⁹

01. Dezember 2014

www.kas.dewww.kas.de/tuerkei

Least Developed Countries (LDC)

Ein wichtiges Augenmerk wird die Türkei während ihrer G20-Präsidentschaft auf das Thema der am wenigsten entwickelten Staaten (LDC) legen. Das Land fordert schon seit Jahren ein stärkeres punktuell Einbinden der LDC-Staaten in den G20-Diskussionsprozess und befürwortet prinzipiell ein stärkeres Engagement der Privatwirtschaft und nimmt hier die B20 in die Pflicht. Als Fürsprecher für die Belange der LDC trat die Türkei offiziell erstmals im Jahr 2011 auf. Damals fand in Istanbul der Gipfel der Vereinten Nationen zu den LDC (VN-LDC) statt. Im Nachklang führte der damalige Außenminister Davutoğlu in einem Positionspapier mit dem Titel "A new Vision for Least Developed Countries" den Vorschlag ins Feld, die LDC in Future Developing Countries (FDC) als Ausdruck zukünftiger Chancen umzubenennen und dieser Staatengruppe bei der Umsetzung der Millennium Development Goals (MDG) mehr unter die Arme zu greifen.¹⁰

In den Händen des G20-Vorsitzes liegt neben der Organisation und dem Agenda-Setting auch die Auswahl der Gäste. Im Rahmen des Outreach hält die jeweilige Präsidentschaft den Kontakt zu verschiedenen Interessengruppen und anderen Ländergruppen. Die Türkei dürfte neben anderen Vertretern auch LDC-Staaten in den G20-Prozess einbinden und Vertreter afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Entwicklungsbank oder des Afrikanischen Entwicklungsfonds.

Korruptionsbekämpfung, Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung

Korruptionsbekämpfung soll nach Aussagen Davutoğlus ein weiterer Hot Spot der türkischen G20-Agenda werden. Man darf mit Spannung erwarten, wie die türkische Präsidentschaft dieses Thema implementiert. Immerhin hatte die internationale Financial Action Task Force (FATF) der Türkei in der Vergangenheit ein schlechtes Zeugnis aufgrund der schleppenden Umsetzung des Aktionsplans zum Einfrieren verdächtiger Konten im Rahmen der Terrorismusfinanzierung ausgestellt. Auch der IWF klagte vor zwei Jahren über Defizite beim Rat zur Untersuchung von Finanzkriminalität MASAK.

Die Ankündigung Davutoğlus, Korruption wirksamer zu bekämpfen, verstand der Oppositionsführer der Republikanischen Volkspartei CHP Kemal Kılıçdaroğlu als Steilvorlage. Kılıçdaroğlu begrüßte die Ankündigung, nahm den türkischen Ministerpräsidenten aber in die Pflicht, als Erstes gegen Korruption im eigenen Land vorzugehen und die Korruptionsvorwürfe gegen Erdogan und vier seiner ehemaligen Minister aufzuklären.¹¹ In die gleiche Richtung argumentiert die türkische Zweigstelle von Transparency International, die ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, die Türkei möge beim Kampf gegen Korruption dem Vorbild Australiens folgen und Ziele des Aktionsplans gegen Korruption wie u.a. Transparenz im Rohstoffsektor 2015-2016 in Teilen implementieren.¹²

⁹ 'DTÖ'nün rolünü güçlendirmek istiyoruz' Wirtschaftszeitung Dünya vom 16.11.2014 <http://www.dunya.com/dtonun-rolunu-guclendirmek-istiyoruz-244691h.htm> (aufgerufen am 21.11.2014)

¹⁰ A New Vision for Least Developed Countries http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2012/07/vision_paper_04_ldc.pdf (aufgerufen am 29.11.2014)

¹¹ Kılıçdaroğlu: Bize sadece dört yıl verir, işsizliği bitirelim, erschienen in der Tageszeitung Cumhuriyet vom 18.11.2014, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/siyaset/143069/Kilicdaroglu__Bize_sadece_dort_yil_verin__issizligi_bitirelim.html (aufgerufen am 21.11.2014)

¹² Türkiye'ye çok zor görev, erschienen in der Tageszeitung Sözcü am 19.11.2014 <http://sozcu.com.tr/2014/gundem/turkiyeye-cok-zor-gorev-652051/> (aufgerufen am 25.11.2014)

01. Dezember 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

Klimaschutz

Davutoğlu kündigte für die türkische Agenda auch das Thema Klimaschutzfinanzierung an. Noch ist das Land im Rahmen des Kyoto-Abkommens keine Verpflichtung zur CO-2 Reduktion eingegangen, auch wenn in der nationalen Umweltstrategie zur Anpassung an den Klimawandel und der nationalen Energieeffizienzstrategie Reduktionspotenziale genannt werden, die sich leicht zu einem nationalen Ziel zusammenfassen ließen. Nach dem die beiden CO-2 Hauptemittenten USA und China im Hinblick auf das geplante neue Klimaschutzabkommen, welches Ende 2015 in Paris geschlossen werden soll, ambitionierte Klimaziele bis 2050 genannt haben, wird sich die Türkei jedoch nicht länger hinter dem Grundsatz des CBDR und ihrer bisherigen Positionen verstecken können.

Weitere Themen

Zu Energiethemen, wie u.a. dem Energiezugang als soziales Menschenrecht, werde man nach Aussagen Davutoğlus im Mai 2015 spezielle Konferenzen durchführen und die Thematik auch auf die Agenda des G20-Ministertreffens setzen.¹³ Der globalen Flüchtlingsproblematik unter spezieller Berücksichtigung der syrischen Flüchtlinge soll ebenso ein bedeutender Raum eingeräumt werden, wie der Ebola-Bekämpfung.

* **Verfasser:** Freier Autor, langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Ankara und der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei, Berlin.

¹³ 'DTÖ'nün rolünü güçlendirmek istiyoruz' Wirtschaftszeitung Dünya vom 16.11.2014 <http://www.dunya.com/dtonun-rolunu-guclendirmek-istiyoruz-244691h.htm> (aufgerufen am 21.11.2014)